Nr. 168 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 3. Oktober 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,20 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Dworcowa 11, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstrasse 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Roosevelts Plan gefährdet?

Der teilweise Widerstand der Industrie — Die Arbeiterschaft erzwingt Durchführung des Arbeitsbauplanes

Zahlreiche Streiks — Zusammenstösse mit der Polizei

Die Arbeitgeber der Schlüsselindustrie, Stahl, Kohle und Automobile, setzen der Durchführung des „Arbeitscode" Roosevelts den grössten Widerstand entgegen. Angesichts des Verhaltens der Industriellen kam es in verschiedenen Teilen Amerikas zu umfassenden Streiks, die sich stündlich ausdehnen. Das Anwachsen der Streiks hat innerhalb der Regierunngskreise eine begreifliche Nervosität hervorgerufen. Man hat erkannt, dass der ganze Erfolg des „National Recovery Acts" auf dem Spiele steht, wenn sich die Streikwelle weiter ausbreiten sollte. Die Regierung pflegt dauernd Konferenzen mit den Unternehmern und dem Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften, William Green, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Zurzeit streiken in den drei Schlüsselindustrien rund 150.000 Arbeiter. Aber auch in den kleineren Industriezweigen sieht es bedrohlich aus. Die Streiks in der Stahlindustrie und im Kohlenbergbau Pennsylvaniens, Kentucky und West-Virginia richten sich in erster Linie gegen die dort liegenden Zweigunternehmungen Henry Fords, der bekanntlich den Auto-Code der Regierung nicht unterzeichnet hat. Auch in Detroit selbst streiken etwa 10.000 Werkzeugarbeiter, wodurch die Automobilindustrie stark behindert wird.

Die organisierten Arbeiter verlangen eine Revision des Lohnes dahingehend, dass die 30-stündige Arbeitswoche bei sechsstündiger Arbeitszeit allgemein eingeführt wird.

Wie aus Pittsburg gemeldet wird, kam es am Sonnabend in Clairtown zu schweren Unruhen der streikenden Bergarbeiter. Gegen 300 Bergarbeiter drangen in das Werk der Carnegie Steel Company ein, verprügelten eine Reihe von Angestellten, stürzten dann in den Essaal und zertrümmerten die ganze Inneneinrichtung.

Der Züricher Sieg!

Es war vorauszusehen, dass die bürgerliche Presse den Erfolg der schweizerischen Sozialdemokratie bei den Stadtsratswahlen totschweigen wird. Seit Monaten war man gewohnt, nichts anderes, als von einem Niedergang der Sozialdemokratie zu sprechen, die überall den Rückgang antreten muss, wenn sie sich zur Wahl stellt, was ausschliesslich auf den nationalsozialistischen Sieg in Deutschland zurückzuführen sei. Niemand wird verkennen, dass die Ereignisse in Deutschland, die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie im Ausland und noch mehr auf die Arbeiterschaft, deprimierend wirken mussten. Und da man im Ausland, besonders, wenn es sich um Deutschstämmige handelt, das reichsdeutsche Muster in Fortbildungen rasch nachahmte, war man der irrigen Meinung, dass kommende Wahlen der Sozialdemokratie Abbruch tun müssen. Waren es in Zürich nur Kommunalwahlen in der grössten Stadt der Schweiz, so hatten sie weit über die Schweiz hinaus Bedeutung, zumal ihnen ein bisher noch nie dagewesener Wahlkampf gegen die „rote Herrschaft" von Zürich vorangegangen war und noch mehr, es bildete sich eine Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien, die den Marxismus aus der Stadtverwaltung hinaustreiben sollten. Vom Freisinn über die Klerikalen, bis zu den Frontisten, vereinigte man sich zum Sturm auf die „rote Festung Zürich" und musste, trotz aller kommunistischen Propaganda, einen Auftrieb der Sozialdemokratie hinnehmen. Die Sozialdemokratie hat nicht nur ein Mandat mehr gewonnen, sondern auch noch 10000 Stimmen dazu und wäre nicht die Einheitsfront, so sässen statt 64 heut 68 Sozialdemokraten von 125 Stadtverordneten im Züricher Rathaus.

Die bürgerliche Presse in Deutschland bringt das Ergebnis, den roten Sieg, nur an versteckter Stelle, und wo sie nun an den Tatsachen nicht vorübergehen kann, so erklärt sie, dass die Schweizer Sozialdemokraten eben ihren Sieg nur deshalb erringen konnten, weil sie, im Gegensatz zu den übrigen sozialistischen Parteien, viel „nationaler" sind. Das alte Lied, dass man die eigene Sozialdemokratie des Internationalismus verdächtigt und die Sozialdemokraten des Auslands wegen ihrer nationalen Haltung preist. Gerade die Schweizer Sozialisten und die Züricher insbesondere, stehen links und sind ausgesprochene Internationalisten. Aber nicht ihre nationale oder internationale Einstellung gab den Ausschlag, sondern die Tatsache, dass dort, wo Sozialdemokraten verwalten, wie in Wien, die breiten Massen recht wohl wissen, was sie zu erwarten haben, wenn das Bürgertum die Erbschaft übernimmt. Für die Züricher Sozialisten kann es aber keinen besseren Beweis geben, als das Urteil des Volkes, welches ihnen am Sonntag gesprochen wurde. 1928 waren es 59 Sozialdemokraten, 1931 schon 63 und nunmehr 64, während die Kommunisten, die ja ihre Hauptaufgabe auch in Zürich nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie sehen, von 6 Mandaten auf 2 gesunken sind, die Arbeiterschaft selbst hat begriffen, wem der Kampf gilt. Aber bemerkenswert ist, dass die kommunistischen Wähler nicht zur Sozialdemokratie zurückgekehrt sind, sondern ins faschistische Lager, zu den Frontisten, die, auf Kosten der Kommunisten und der Bürgerlichen, 10 Mandate erreichten. Der Rechtsfreisinn in Zürich, der, entgegen der Auffassung der Gesamtpartei in der Schweiz, mit den Faschisten zusammenging, begreift seine Niederlage offen und die Berner Nationalzeitung, freisinnig, beglückwünscht offen die Sozialdemokraten in Zürich und stellt ihnen das Zeugnis aus, dass sie dem Schweizer Faschismus eine entschiedene Niederlage bereitet haben. Auch die anderen Blätter der Schweiz kommen zur Besinnung und wenden sich gegen die faschistischen Bestrebungen, da es sich zeige, dass die Demokratie in der Eidgenossenschaft noch immer eine Bedeutung habe.

Dass der bürgerlichen Presse ausserhalb der Schweiz dieser Sieg im roten Zürich unangenehm ist, erscheint begreiflich und darum auch die Taktik des Totschweigens, denn nach ihren Begriffen ist nichts mehr vom Marxismus in der Welt übrig, nachdem eine gewisse Hitlerei den jeweiligen „echten Sozialismus" in Erbpacht genommen hat. Am Sitz der Internationale, im roten Zürich, ist die erste Schlacht mit Erfolg nach dem Terror der braunen Banden im Reich errungen worden und deshalb kommt dieser Wahl eine Bedeutung zu, beweist sie doch, dass dort, wo der Sozialismus an der Macht auch wirtschaftlich untermauert ist, er seine Aufgaben erfüllen kann. Zürich, die grösste Stadt der Schweiz, wird sozialistisch verwaltet, genau so, wie die grösste Stadt Oesterreichs, Wien, sozialistisch verwaltet wird und beide Städte sind Sehenswürdigkeiten, wenn man den Dingen objektiv gegenübertritt, was man allerdings vom Bürgertum nicht erwarten darf. War die Wahl Hendersons als Sozialist vor einigen Wochen für das Bürgertum eine Selbstverständlichkeit, die nichts besagen sollte, so schweigt man sich über Zürich aus. Die Arbeiterklasse aber kann gerade am Züricher Beispiel sehen, dass die Methoden der Machteroberung verschieden sind und dass dort, wo eine demokratisch erzogene Bevölkerung mit dem Stimmzettel zur Entscheidung gerufen wird, auch die Demokratie ihre Werte hat. Zürichs Arbeiterklasse aber hat dem gesamten Weltproletariat ein Beispiel geliefert, dass man eroberte Positionen nicht nur verteidigen, sondern auch festigen kann.

Zürich war nur ein Fanal, die Arbeiterklasse kann gerade mit Rücksicht auf den Erfolg, der Lügenhaftigkeit des Bürgertums entgegenhalten, dass seine Phrase zunichte wurde, die da besagt, dass überall, wo die Sozialdemokratie regiert oder verwaltet, sie vom Volk „verjagt" wird. Mit der schweizerischen Sozialdemokratie feiert die Arbeiterklasse der ganzen Welt ihren Sieg, aber zugleich auch mit der Verpflichtung, im Sinne der sozialistischen Aktion mitzuarbeiten, neue Erfolge vorzubereiten und die Reihen der sozialistischen Bewegung zu stärken und auszubauen.

Allgemeiner Minderheitenschutz gefordert

Die Auswirkung der Judenverfolgung in Deutschland. Wird der Völkerbund seine Pflicht erfüllen?

In der Sonnabend-Vollsitzung der Völkerbundsversammlung legte der, zur Delegation der Republik Haiti gehörende, Jurist Frangulis seinen Entschliessungsentwurf über die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes vor, in dem die Rechte der Minderheiten dahin gefasst werden, dass jeder Bewohner eines Landes das Recht auf vollen Schutz seines Lebens und seines Eigentums besitzt, und dass alle Bürger eines Staates vor dem Gesetz gleich sind und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied von Rasse, Sprache und Religion, geniessen. Diese Grundsätze sollen in einer Weltkonvention unter dem Schutz des Völkerbundes niedergelegt werden.

Dieser Antrag, der der politischen Kommission überwiesen wurde, hat kaum Aussicht auf Annahme und ist zweifellos eine Demonstration gegen die Politik Deutschlands in der Judenfrage.

Deutschland, wir weben dein Leichentuch

„Die Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: „Was man hoffen muss und hoffen darf, ist, dass sich die Staaten um Deutschland herum ebenso zusammenschliessen, wie man das neue Deutschland in Isolierung hält. Damit bewahrt man die Grundlagen der westeuropäischen Weltwirtschaft u. beschützt das westeuropäische Denken gegen höllische Mächte, die das deutsche Volk mit einem Schlag von seinem hohen Platz in der kultivierten Welt vertrieben und es in die Schreckenskammer des früheren Mittelalters zurückgebracht haben. Nach einem Jahrhundert ist die düstere Prophezeiung aus Heines „Weberlied" Wahrheit geworden: „Deutschland, wir weben dein Leichentuch!"

Neuwahlen in Spanien

In politischen Kreisen Madrids rechnet man beim Zusammentritt der Cortes mit deren Auflösung und Ausschreibung von Neuwahlen. Die Regierung Lerroux hat keine Mehrheit im Parlament und hat bereits die Abgabe der Regierungserklärung um Wochen verzögert und eine Reihe reaktionärer Massnahmen gegen die Arbeiterschaft getroffen. Die Sozialisten kündigen rücksichtslose Opposition an, um einen Rechtskurs zu verhindern und wollen den Kampf vom Parlament auf die Strasse tragen, wobei Massnahmen zum Generalstreik bereits getroffen sind.

Gen. Brill zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Vor dem Danziger Gericht hatte sich der Führer der Sozialdemokratie des Freistaats, Artur Brill, wegen angeblicher „Veruntreuung" zu verantworten, weil er Gewerkschaftsgelder der Danziger „Volksstimme" leihweise überliess und zur Sicherung des Eigentums vor einer nationalsozialistischen Gleichschaltung auf den Namen des langjährigen Kollegen Malikowski überschreiben liess. Gen. Brill, der zugleich Volksabgeordneter ist, wurde vom Volkstag freigegeben und ist nun wegen angeblicher Veruntreuung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der mitangeklagte, Gen. Fooken, wurde freigesprochen, Gen. Brill ist sofort in Haft behalten worden. Auf diese Weise glaubt man, der Danziger Sozialdemokratie ihren besten Sprecher zu entziehen.

Van der Lubbes Geständnis?

Die ersten Zeugenaussagen. — Widerspruch zwischen Voruntersuchung und Aussagen
Niemand hat von Revolutionen und Brandstiftung gesprochen.
Van der Lubbe gibt Reichstagsbrand zu!

Nachdem Van der Lubbe im Schweigen verharrt, marschieren nun die amtlichen Zeugen auf, die gehört haben wollen, dass van der Lubbe von Revolution und Brandstiftung gesprochen haben soll. Bekanntlich hat van der Lubbe zugestanden, die Brände im Neuköllner Wohlfahrtsamt, im Berliner Schloss und Rathaus, angelegt zu haben, verweigert aber jede Auskunft, von welchen Motiven er hierbei geleitet wurde. Dem Gerichtshof ob liegt es nun, den Nachweis zu führen, dass van der Lubbe planmässig vorgegangen sei. Amtliche Zeugen stellen fest, dass die Brandschäden sehr gefährlich waren. Nunmehr folgen Zeugen, mit denen van der Lubbe gesprochen hat und die von ihm annahmen, dass er Kommunist sei. Im Verlauf der Vernehmung bestreiten die Zeugen ihre früheren Aussagen, die sie bei der Voruntersuchung gemacht haben sollen, aus denen hervorgeht, dass van der Lubbe sich geäussert habe, man müsste die Arbeiterschaft zur Aktion zwingen, damit der Nationalsozialismus nicht an die Macht käme. Dies sollte durch Brandlegungen öffentlicher Gebäude, mit dem Abschluss im Reichstag, erfolgen. Während einer der Zeugen sich nur dunkel an Gespräche erinnern kann, die aber auf die SA-Leute geprägt waren, wo von Bränden gesprochen wurde, wissen zwei andere Zeugen nichts davon, das van der Lubbe von Revolution oder Brandlegung gesprochen habe. Man hat mit ihm nur flüchtig verkehrt, er soll sich als Kommunist ausgegeben haben, aber mit kommunistischen Kreisen hatte er keine Fühlung, genau so wenig mit der Parteileitung. Nur ein früherer Deutschnationaler sagt als Zeuge aus, er will vor dem Neuköllner Wohlfahrtsamt solche Gespräche gehört haben, van der Lubbe kennt er nicht.

Zur Klärung haben die bisherigen Zeugenvernehmungen nicht beigetragen. Hingegen ist im Prager „Sozialdemokraten" eine sensationelle Nachricht veröffentlicht worden, die sich auf Aussagen eines österreichischen Staatsbürgers stützen, der mit einem der Brandstifter von der SA zusammen im Gefängnis war. Danach soll der Brand von Göring mit noch 8 anderen SA-Leuten angelegt worden sein, von denen nur noch zwei am Leben sind, während sechs bereits der „Feme" verfielen. Der „Sozialdemokrat" nennt den SA-Mann Kurt Strolch als Mittäter und fordert dessen Vernehmung, da er bestimmte Aufklärung geben kann. Es ist selbstverständlich, dass das Reichsgericht diesen Zeugen nicht vernehmen wird.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen wird van der Lubbe zum Reichstagsbrand selbst vernommen. Er verweigert nach, wie vor, jede Aussage, als er vom Vorsitzenden befragt wird, was er zur Beschuldigung der Brandstiftung zu sagen habe. Nach langem Zureden gibt van der Lubbe mit einem ganz stillen „Ja" den Tatbestand zu, den Brand im Reichstag angelegt zu haben, spricht dann aber kein Wort mehr, und es ist nichts mehr aus ihm heraus zu kriegen. Der Vorsitzende beschliesst hierauf, die weiteren Verhandlungen auf der Grundlage der Aussagen van der Lubbes vor dem Untersuchungsrichter fortzuführen, ohne dass über die Beweggründe oder die Tat selbst irgend eine Klarheit geschaffen wird, die Dinge sich ausschliesslich auf Angaben beziehen, die bereits ihren Rundgang durch die Presse gemacht haben, Van der Lubbe verneint nun wieder alles durch Kopfnicken, als wenn ihn die ganze Angelegenheit im Gerichtssaal nichts angehen würde. Der Prozess wird daraufhin bis Mittag vertagt.

Der Boykott gegen Hitler-Deutschland

Die Sozialistische Partei Frankreichs schliesst sich dem Boykott an.

Der Verwaltungsrat der Sozialistischen Partei Frankreichs fordert in einem Aufruf zum Boykott Hitler-Deutschlands auf. In dem Appel werden „alle Mitglieder der Partei, alle Arbeiter des ganzen Landes und alle Männer und Frauen, die der nationalistischen Barbarei ihren Friedenswillen und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Völker entgegensetzen wollen, aufgefordert, durch den individuellen Boykott aller Waren deutschen Ursprungs ihre Solidarität gegenüber den deutschen Arbeitern und Gewerkschaften zu bekunden. Indem Hitler dem Sozialismus den Krieg erklärte durch Vernichtung aller Freiheiten und die Einkerkerung von Zehntausenden seiner Gegner, hat er Deutschland eine goldene Zukunft versprochen. Wenn das deutsche Volk erkannt haben wird, dass der Sieg Hitlers, des Feindes des Friedens, die wirtschaftliche Lage nur verschärft, so wird die Stellung seiner Bewegung erschüttert sein. **Jeder von uns hat die Pflicht, zu dieser Entwicklung beizutragen! Jeder kann es, indem er alles ablehnt, was den Stempel Hitler-Deutschlands trägt".**

Vor dem Verbot der Sozialdemokratie in Oesterreich?

Aus verschiednen Aeusserungen der Heimwehrführer, vor allem Starhembergs selbst, ist in Kürze mit dem Verbot der sozialdemokratischen Partei zu rechnen. In einer Rede, anlässlich der Zusammenkunft der Führer der Heimwehren, sagte Starhemberg, dass die Regierungsumbildung im Sinne des Faschismus Fortschritte gemacht habe, aber das Ziel sei noch nicht erreicht und werde erst dann eine Krönung erfahren, wenn im Wiener Rathaus, anstelle der „Roten", ein Regierungskommissär sitzen werde.

Auch in sozialdemokratischen Kreisen rechnet man mit dem Verbot, doch lässt man hier die Warnung verlauten, dass die Parteimitglieder ohne Rücksicht auf die Führung zur Abwehr greifen werden, wenn etwa die Absicht bestände, die Partei zu verbieten. Seltsam ist das Spiel von Dollfuss, der gegenüber Paul Boncour in Genf erklärte, dass in Oesterreich niemand daran denke, Republikaner zu unterdrücken. Französische Kreise sind um die Entwicklung der Dinge in Oesterreich sehr besorgt, da der Faschismus die letzten Reste der Demokratie auf dem Balkan zu beseitigen drohe.

H. G. Wells über das „Dritte Reich"

Ein Urteil des grossen englischen Schriftstellers über die Hitlerei

„Was heute in Deutschland geschieht, ist eine Revolte flegelhafter Schwachsinniger gegen die Zivilisation", erklärt der grosse englische Romancier H. G. Wells in einer Rede über die Intoleranz, die er bei einem Festessen anlässlich seines 67. Geburtstages hielt. „Die deutsche „Revolution", fährt er fort, „richtet sich gegen das Denken, gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Bücher. Der flegelhafte Schwachsinn benutzt seine stupiden Zeichen, verwendet seine albernen Gesten und begeht seine grausamen Idiotien... Man kann nicht Bücher verbrennen, man kann nur Exemplare zerstören. Während sie einen Band ins Feuer werfen, erhebt sich das Funkeln gegen den Himmel, wo es wie ein Stern leuchtet."

Monströse Razzia in Hamburg

Wie die Korrespondenz „Impress" meldet, sind in Hamburg zweitausend Wohnungen in den letzten Tagen im „Roten Viertel" durchsucht worden. Hundert Polizeibeamte und einige 1000 SA-Leute führten die Operation durch. Das ganze Viertel wurde umstellt, um nach Waffen zu fahnden. Das Ergebnis war sehr mager, man fand ein altes Gewehr, 4 Karabiner, 6 Bajonette, 2 Revolver, 10 Dolche und 6 Gummiknüppel, die sämtlich von Nazis herstammen. Ein ungeheures „Waffenlager" bei diesem Aufgebot von Polizei und SA.

Der „tote" Marxismus

Der Staatspolizeistelle Recklinghausen ist ein neuer Aufruf der Kommunistischen Internationale der zum **Zusammenschluss** der vorhandenen Reste der KPD und SPD, sowie zur Bildung von **Aktionskomitees** in allen Betrieben, zum **Massenstreik** und zur **Beseitigung der Reichsregierung** auffordert, in die Hände gefallen. Als Verbreiter wurde der führende KPD-Funktionär Grossmüller aus Recklinghausen festgenommen und auch ein Kurier aus Huels konnte verhaftet werden.

Die russischen Faschisten aufgelöst

In Vorbereitung des „Ritts gegen Osten" hatte man in Berlin eine „nationalistische Organisation" innerhalb der russischen Emigranten, aufzuziehen, die dann sogar Marsch- und Feldübungen veranstaltete und gewissermassen als „Befreierin vom Bolschewismus" auftreten sollte. Nachdem russischerseits gegen die Duldung dieser Organisation Einspruch erhoben wurde, ist jetzt diese weissgardistische Organisation in Deutschland verboten worden.

Fährt Beck nach Moskau?

Englischen Blättern zufolge, soll der polnische Aussenminister Beck nach seiner Rückkehr aus Genf sich offiziell nach Moskau begeben, um den seinerzeitigen Besuch Tschitscherins aus dem Sept. des Jahres 1925 zu erwidern. In London verfehlt man nicht darauf hinzuweisen, dass sich zwischen Warschau und Moskau besonders herzliche Beziehungen anbahnen, die im Interesse des Friedens nur zu grüssen seien.

GILGI — EINE VON UNS

Irmgard Keun

60

Sie steht vor ihm — straffer die Schultern, klarer die Augen. Pit sieht sie an — da hat er sie, wo er sie haben wollte. Die schafft's, der riecht man an, dass sie's schafft. Die weiss, was sie will, die bleibt bestehen. Wird noch verflucht schwere Stunden haben — arme Kleine — hat da noch die Berge von Schmerz und Dunkel zu überwinden — wird's überwinden. „Ach, Gilgi, verflucht lieb hab' ich dich — darf ich dir einen Kuss geben — ist einer von denen, die du dir ruhig geben lassen kannst."

„Gib mir man mehrere, Pit, wenn's dir Spass macht."

Zugiger Bahnsteig. Kalt-schwarzes Eisen von Lokomotiven und dunstiges Grau von Steinen und Staub. Auf einem grossen Koffer sitzen nebeneinander Gilgi und Pit. Müde starrt Gilgi vor sich hin. Kluge, gerade Gleise — eine grosse, schwarze Lokomotive — sinnvoll zusammengefügtes Metall. Kleine Räder, grosse Räder — alles ineinander gehörig. Eine kleine Apfelsine ist den Bahnsteig hinuntergerollt, liegt unglücklich dumm und unzweckmässig zwischen den geraden, glatten, klugen Schienen. Hastende graue Geräusche füllen die Luft. Fester fast Gilgi Pits Hand. Zittert ein bisschen in frierendem Alleinsein. Fühlt die feuchte, dunkle Abendkühle durch das grüne Kleid dringen... Sieht, wie der grosse Zeiger der Bahnsteiguhr mit einem Ruck in die nächste Minute fällt. Heiss und würgend knäult sich Weinenwollen im Hals. Die vielen eisernen Räder... vor der Lokomotive liegt 'ne kleine, gelbe Apfelsine — wie kommt die kleine Apfelsine denn dahin... eine dumme, kleine Melodie, die sich im Kopf festsummt... vor der Lokomotive... Vielleicht sehe ich Martin nie wieder... sie schlägt die Hände vors Gesicht — „lass mich, Pit — lass mich" — vergräbt den Kopf in den Armen — „ich bitte dich, Pit — man muss sich auch allein lassen können..."

Wenn ich ihn nie wiedersehe... ach, warum darf man nicht nur Frau sein — nur, nur, nur! Ist denn der Tag wichtiger als die Nacht — warum wird man in Nächte und Tage geteilt. Warum das Gesetz der Nacht im Blut — der ewig verlangende Schoss — in tausend Stücke bin ich geteilt — mein Verstand sagt ja zu Ordnung und Tag und Helle. Und meine Hände sind ratlos und wissen nicht, wohin sie gehören — meine Schenkel, meine Knie warten... nur Hyazinthen brauche ich zu denken, und ein Duft trennt mir die Einheit meiner Lippen... zuckendes, sengendes Licht über weissen Kissen — dein dunkler Kopf — dein Mund — „deck" nicht die Lieder über deine Augen — geliebtester Schmerz — du — ich — wir — verfluchte Qual — gewünschte Qual — helfe mir Gott — ich will nicht — aber ich verbrenne in Sehnsucht nach dir... meine Nägel in deinem Fleisch — deine Zähne, die meine Lippen bluten machen, — soll die Welt drüber sterben — Menschen, Menschen, Menschen sterben — du, du du — helfe mir Gott — „Pit, ich muss nach Hause..."

„D-Zug Köln—Berlin ist dein Zuhause..."
„Martin ist mein Zuhause."
„Schäm dich doch — du!"

„Ich hab verlernt, mich zu schämen." — Er packt sie am Arm — ist ein braver Junge, der Pit — arme, kleine Gilgi, wärst ja verloren allein. Falte brav und fromm die Hände und sag' Danke schön, weil man dir hilft — kleiner Mensch. — Mensch sein heisst für dich Mensch sein und Frau sein und Arbeiter sein und alles, alles sein. Viel verlangt? Wird von jedem nur das verlangt, was er geben kann. Wehe, wenn er's nicht gibt. „Nimm dich zusammen, Gilgi!"

Sie sieht ihn an — blind, verständnislos — seufzt müde: „Ja, du hast recht." Stumm sitzt sie wieder neben ihm.

... vor der Lokomotive liegt 'ne kleine, gelbe Apfelsine... Eine winzige Freude zuckt auf — Sekundenblitz: man wird wieder dazugehören — gereiht sein in Pflicht und geschaffenem Räderwerk — man wird wieder geschützt sein im gewünschten Zwang erarbeiteter Tage, in dem gewollten Gesetz, eigenen Schaffens — vor der Lokomotive liegt 'ne... ah, man wird wieder dazugehören. Man gehört ja in das Allgemeingeltende, man ist nicht geschaffen, aussen zu stehn — glaubt nun mal zutiefst an die Verpflichtung der ger, gesunder Hände...

Zischend und dampfend setzt sich die Lokomotive in Bewegung. Nur einen Augenblick liegt freies Geleise — dann von weitem zwei Lichter, die näher kommen — näher... Gedrängter, gespannter wächst Unruhe sich bewegender Menschen. Dichter und wesenhafter wird Geräusch. „Einsteigen", sagt Pit und zieht Gilgi hoch. Einen Augenblick schwankt sie — ein dünnes, zitterndes kleines Nichts im Riesengewölbe von Stein, Glas und Eisen...

Erschrocken fasst Pit ihren Arm — „Keine Angst, Pit, ich werd' nicht ohnmächtig — mir hilft ja nicht mit so 'ner kleinen Narkose, muss alles mit lebendigem Leibe durchmachen..."

Sie reicht noch einmal aus dem heruntergelassenen Fenster Pit die Hand — will was Danke schön sagen — bringt kein Wort mehr — vor... vor der Lokomotive liegt 'ne kleine, gelbe Apfelsine... Krampft die Hände über der zusammen... Martin, einmal wirst du doch wieder bei mir sein — muss man ja glauben — hält's sonst nicht aus — oh, ich weiss, dass ich dich jeden Tages haben werde — für immer... Phantasie! Flucht vor der Wirklichkeit?? Flucht in bessere Wirklichkeit?? ...vor der Lokomotive liegt...

„Leb wohl, Gilgi — leb' wohl!" Pit läuft neben dem fahrenden Zug. „Leb' wohl, leb' wohl" ruft er mit unfester, kindlicher Stimme.

„Lieber Pit", sagt Gilgi leise und müht sich für ihn um ein letztes, kleines Lächeln, das gelingt.

ENDE.

Polnisch-Schlesien

Ablenkung!

Die heutige Weltordnung sorgt dafür, dass die breiten Massen von ihrer eigentlichen Aufgabe, die Bessergestaltung ihrer Zukunft durchzusetzen, durch die verschiedensten Mittel abgelenkt werden. Einmal bedient man sich hierzu der patriotischen Phrase, dann wieder will man irgend eine kommunistische Gefahr entdecken, und wenn das nicht hilft, dann ist der Jude schuld. In den letzten Monaten feiert gerade die Judenfrage wahre Orgien. Auf der Strasse diskutiert man über die heutige Not und kommt schliesslich zu dem Ergebnis, der Jude ist an allem schuld und deshalb muss er vertrieben werden, muss, wie in Deutschland, die polnische Rassenreiheit angestrebt werden. Und sonderbar, dass er gerade von Leuten kommt, die sich bei jeder Gelegenheit ihres Christentums nicht genug rühmen können, die da, der Bibel entsprechend, erklären, dass vor Gott jeder Mensch gleich sei, nur der Jude bilde eine Ausnahme, der ausgerottet werden müsse. Sie vergessen zwar, bei aller Rassenreiheit, dass der gleichen Bibel nach, alle Menschen, wenn es nicht schon vom Affen sein soll, doch von Adam und Eva abstammen, und daran lässt sich doch schliesslich nicht mehr deuteln, dass sie Juden waren. Jeder gläubige Christ stammt also vom Juden Adam ab, daran kann er nichts ändern, sei er nur noch nach den Germanen rasse rein, er bleibt trotz allem ein Judenstämmling.

Spass beiseite! Es bilden sich auch in der Wojewodschaft Parteien, deutsche und polnische, die die Juden aus ihrer Gesellschaft ausschalten wollen. In diesen tiefen Tagen der Not versucht man wieder eine antisemitische Welle zu schaffen, bei den breiten Massen deshalb, um sie von ihren Befreiungszielen abzulenken. Gewiss, man wird nicht leugnen können, dass der Zuzug von jenseits der Grenze nicht gerade sympathisch ist, aber auch andere Menschen, die nicht Juden sind, sind uns mindestens genau so unsympathisch, aber sie alle haben Raum genug, um zu leben. Nur der Jude soll verbrannt werden, weil er angeblich nur Handelsmann und kein Prolet ist. Aber in allen Ländern finden wir auch jüdische Proletarier, die mindestens um ihre Existenz, wenn zuweilen nicht schwerer, kämpfen müssen, wie wir auch, ohne Unterschied, ob wir Deutsche oder Polen sind. In Arbeiterkreisen hat der Antisemitismus, besonders innerhalb der sogenannten christlichen Parteien, Boden erfasst. Wir Sozialisten haben den Antisemitismus immer und immer wieder als den „Sozialismus der dummen Kerle“ betrachtet und so ist es auch. Denn, gäbe es keinen Kapitalismus, es gäbe auch keine Unterschiede innerhalb der Menschen, die eben in „Reich und Arm“ geteilt werden und vor allem, damit man die Minderbemittelten besser beherrschen kann.

Wir leben nun einmal in einer gottgewollten Weltordnung, wie es die Kapitalisten sagen, sie nennen Gott und meinen ihren Besitz. Diese Welt gilt es, umzuformen, genügend Brot und Arbeit zu schaffen, und dann haben auch Sumpfblüten keinen Raum in unserer Wirtschaftsordnung. Die Arbeiterklasse muss bedenken, dass sie eine Weltordnung anstrebt, die für alle Platz hat, sie braucht nicht nach Rasse und Religion zu fragen, der Mensch ist eben Mensch und hat gleiche Rechte, darum lasse man sich auch nicht von der antisemitischen Welle erfassen, die nichts anderes ist, als eine Ablenkung vom wirklichen Ziel und die nur die Festigung des Kapitalismus zur Ursache hat.

Eröffnung der Hauswirtschaftsausstellung

Am Sonntag wurde in den Ausstellungshallen des Kosciuszkoparks in Kattowitz, die diesjährige Hauswirtschaftsausstellung durch den Wojewoden Dr. Grażyński eröffnet. Die Ausstellung gilt in erster Linie der Möbelindustrie und inneren Wohnungsausstattungen, sowie hauswirtschaftlichen Gegenständen. Sie ist verhältnismässig gut beschickt und soll vor allem der Propaganda eigener Landeserzeugnisse dienen. Schon am Vorabend war der Besuch recht zahlreich, auch im Laufe des Sonntags erfreute sie sich recht reger Anteilnahme, zumal die Eintrittspreise auf nur 49 Grochen für Erwachsene und 25 Groschen für Kinder berechnet sind.

Abg. Roguszczak soll sein Mandat niederlegen

Wie das Centralorgan der Nationalen Arbeiterpartei, die „Obrona Ludu“ mitteilt, hat sich der Parteivorstand in Posen mit der Angelegenheit des Abgeordneten Franz Roguszczak beschäftigt. Nachdem dieser aus der Nationalen Arbeiterpartei ausgetreten ist und dem Parteivorstand in einem offenen Brief seine Begründung darlegt, wobei er besonders die Leitung scharf angreift, fordert nun die Parteileitung der NPR Roguszczak auf, seine Mandate zum Warschauer und Schlesischen Sejm niederzulegen. Die Parteileitung verurteilt scharf das Vorgehen Roguszczaks, doch erscheint es fraglich, ob er seine Mandate niederlegen wird, nachdem er der NPR nicht mehr angehört. Wahrscheinlich wird Roguszczak seinen Beitritt zur Christlichen Demokratie Korfantys erklären, zumal NPR und Christliche Demokraten auf dem Terrain des Schlesischen Sejms gemeinsam auftreten, gewissermassen einen Klub bilden.

Täglich 400 Zl. Diäten!

Nenes über die Mammut-Verdienste der Zuckerbarone. 277000 Zł. Jahreseinkommen.

Wiederholt haben wir uns an dieser Stelle damit beschäftigt, dass die Einkommen, Gehälter, Löhne usw. überall abnehmen, dass aber die öffentlichen Lasten, Steuern und Abgaben die gleichen bleiben, zum Teil sogar eine Erhöhung erfahren. Zu letzterem gehören auch die Preise für zahlreiche Waren, besonders der Metallindustrie. Die beste Auskunft hierüber können die Landwirte geben, **die für ihre Produkte nur einen Teil der früheren Preise erhalten, während sie für die meisten landwirtschaftlichen Maschinen und ähnliches fast unverändert dieselben hohen Preise zahlen müssen.** Es ist dies ein vollkommen ungesundes Verhältnis, wobei andererseits noch in Erwägung zu ziehen ist, dass die Arbeiter und Angestellten der betreffenden Wucherpreiss-Industrien von dem ganzen Segen nichts merken und sogar einen dauernden Lohnabbau erfahren, wodurch der Konsum und mithin das ganze Wirtschaftsleben weiter geschwächt werden.

Oft genug haben wir schon darauf hingewiesen, dass **vor allem in der Zucker-Industrie mehr als anormale Verhältnisse herrschen.** Einerseits schlechte Löhne und Reduzierungen, Preisdrückerei beim Rübenkauf, andererseits unverschämt hohe Gehälter, oder, wie man sich vornehmer ausdrückt, Bezüge der Hauptmacher und ebenso unverschämt hohe Preise für den Zucker.

1 Zloty 40 Groschen muss bei uns das ausgepowerte Volk **für ein Kilogramm Zucker zahlen,** während zugleich **das Kilo für den 7. Teil, für nur 20 Groschen, nach England geht.** Dort mästet man damit die Schweine, während bei uns der Zucker für zahllose Menschen und besonders Kinder, ein kostspieliges, luxuriöses und oft unerreichbares Genussmittel geworden ist, statt ein allgemeines, billiges Nahrungsmittel zu sein.

Kein Wunder, dass dann für 50 Millionen Zloty gesundheitlich völlig wertloses Sacharin nach Polen geschmuggelt wird!

Auch auf die Mammut-Gehälter der Zuckerbarone ist schon oftmals hingewiesen worden. — Millionen-Ueberschüsse und ein **Jahresgehalt in Höhe von 90 000 Zloty für den Direktor Zychliński von der Posener Zuckerbank,** sind das Gegenstück zu den Hungerlöhnen und den Reduzierungen.

Unterdessen erfahren wir neue Zahlen über die Gehälter in der Schwerindustrie.

So hat der **Direktor der Zuckerfabrik in Chodorow ein Jahresgehalt in Höhe von 174 000 Złoty. Hierzu kamen noch im abgelaufenen Jahr nicht weniger,**

ALS 103 000 ZŁOTY REMUNERATION!

103 000 Złoty Remuneration, d. h. Entschädigung, bezw. Vergütung — wofür? Dieser Herr hat also **IM JAHR 277 000 ZŁOTY ZUM VERZEHREN!** Oder im Monat 23 083 Złoty, bezw. stehen ihm **pro Tag durchschnittlich 760 Złoty zur Verfügung!**

Ein anderer Zuckerbaron, **der Direktor der Zuckerfabrik in Przeworsk,** hat etwas weniger. Aber auch dieses Gehalt, **in Höhe von 3000 Dollar jährlich,** dürfte selbst bei der jetzigen Dollarentwertung voll und ganz genügen, zumal er ja beim Dollarhochstand genügend sparen konnte. **Im übrigen sind diese 3000 Dollar nicht die einzigen Bezüge des Herrn Direktors.** Das Wichtigste ist

DIE REMUNERATION, DIE BEI IHM IM ABGELAUFENEN JAHR 100 000 ZŁOTY BETRUG!

In derselben Zuckerfabrik in Przeworsk sitzt u. a., bezw. sass **der Fürst Lubomirski, der für seine Mühen sogar eine „emerytura“, d. h. bis an sein Lebensende, eine Pension erhält. Sie beläuft sich auf jährlich 72 000 Zloty oder 6 000 Złoty monatlich. Was also so eine Zuckerfabrik alles abwirft!**

Und die Herren vom Zuckerkartell scheffeln gleichfalls das Geld, als ob wir in Amerika und noch dazu in Zeiten der besten „prosperity“ leben! Bei allen Gehältern ist man zwar leider noch nicht dahinter gekommen, doch man weiss, dass **die Macher im Kartell bei Reisen die Kleinigkeit** von **400 Zloty Tagesdiäten erhalten.**

In diesen Tagen ist durch **eine Verfügung des Ministers für Handel und Industrie das Zementkartell, wegen seiner hochtreibenden Preispolitik, aufgelöst worden.** Ob eine Verstaatlichung erfolgen wird, ist kaum anzunehmen. Ebensowenig vorläufig bei der Zuckerindustrie mit ihren Mammut-Gehältern und den riesigen Preisen, der die Not der Arbeiter und des kaufenden Publikums gegenübersteht. Wenn in Anbetracht dieser Zustände gegen das wuchernde und **raffende Kapital der Ruf nach Sozialisierung laut wird, so braucht man sich wirklich nicht zu wundern.**

Min. Hubicki gegen Lohnreduzierung im Hüttenwesen?

Wie die Warschauer Presse mitteilt, soll der Minister für Handel und Industrie, Hubicki, der Delegation der polnischen Metallarbeiter, die in Warschau interveniert, erklärt haben, dass er gegen jede Lohnreduzierung in der oberschlesischen Hüttenindustrie sei. Er werde sich bei der Industrie energisch dahin einsetzen, dass die Arbeitgeber von einer erneuten Lohnreduzierung Abstand nehmen.

Die Bemühungen des Ministers sind gewiss löblich, doch darf man nicht übersehen, dass die „Federacja Pracy“ vor der Lohnreduzierung im Bergbau, genau eine solche Zusicherung aus massgebenden Kreisen aus Warschau mitgebracht hat, was indessen später nicht verhinderte, dass die Löhne im Bergbau doch von 6 bis 15 Prozent abgebaut worden sind. Hoffentlich ergeht es den Metallarbeitern nicht genau so, zumal man hinter den Kulissen bereits weiss, dass ein 7-prozentiger Abbau der Löhne bei den Eisen- und Metallhütten bereits so gut, wie beschlossen ist. Gewiss kann dieser Lohnabbau noch mit Rücksicht auf die vielfachen Zeichnungen der nationalen Anleihe aus Arbeiterkreisen, um einige Wochen verzögert werden, aber die Arbeitgeber werden ihren Appetit nicht fallen lassen, nachdem ihnen der Abbau in der Kohlenindustrie gelungen ist.

Eine „Aktion“ gegen den deutschen Kriegsverletztenverband

In letzter Zeit scheint es sich der polnische Kriegsinvalidenverband zur Aufgabe gemacht zu haben, den alten Wirtschaftsverband der Kriegshinterbliebenen auf die mannigfachste Art und Weise zu bedrohen. So kursierte im Rybniker Kreise ein Schreiben des polnischen Verbandes, welches die „Kollegen“ zu einer „Aktion“ gegen die Mitglieder des deutschen Verbandes aufforderte und die Weisung enthielt, die Auflösung der deutschen Organisation in der nächstmöglichen Zeit herbeizuführen. Aehnlich liegt der Fall in Schwientochlowitz, wo sogar mit der Bekanntgabe der deutschen Mitglieder in der nächsten Generalversammlung des polnischen Verbandes gedroht worden sein soll.

Warum gerade gegen die deutschen Kriegsbeschädigten solche „Aktionen“ entfacht werden sollen, ist umso unverständlicher, als doch die Mitglieder dieser Art von Organisationen wirklich vom „Hass der Menschheit untereinander“ praktische Beispiele durch ihr eigenes Schicksal erhalten haben und bestimmt Vertrauen zu ihrer Verbandsleitung besitzen, der sie ihr Los anvertraut haben. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die deutschen Kriegsbeschädigten treu zu ihrem alten Verbande stehen und, ungeachtet der Anfeindungen, ihren Weg weitergehen. Die „Aktion“ des polnischen Verbandes wird wohl in einem „Sturm im Wasserglas“ enden.

Ein verständiges Urteil

Vor dem Bezirksgericht in Kattowitz hatte sich eine Mutter zweier Kinder, Martha Brzenkalik aus Jaschkowitz zu verantworten, der vorgeworfen wird, ihre minderjährigen Kinder auf der Gemeinde belassen zu haben, nachdem ihr jegliche Unterstützung verweigert worden ist. Auf der Gemeinde in Orzesche lehnte man eine Unterstützung ab, weil sie rechtlich keine Ansprüche hatte. Nach Schilderung des Vorfalls, wobei die Angeklagte auf ihre besondere Notlage hinwiess und erklärte, dass sie kein Stück Brot zuhause hatte, kam das Gericht zu der Auffassung, dass es sich hier um einen Akt handelt, der aus dem heutigen Elend zu erklären ist und sprach die Angeklagte frei.

Aus Gross-Kattowitz

Bekanntmachung der Häuserverwaltung. — Bekämpfung des Kartoffelkrebses. — Milchpreiserhöhung. — Mehlausgabe an Stadtarme

Auf vielseitigen Wunsch der Kattowitzer Bürgerschaft hat die städtische Häuserverwaltung eine Bekanntmachung herausgegeben, die in Gross-Kattowitz gültig ist. Es müssen sämtliche Hausflure, Ein- und Ausfahrten ab 22 Uhr geschlossen sein, die Hauseingänge, Ein- und Ausfahrten, sowie Hofanlagen, die von Mietern benutzt werden, mit Anbruch der Dunkelheit beleuchtet werden, die Boden- und Kellerräume über Nacht abgeschlossen werden. Die Schlüssel sind dann von dem Häuserverwalter oder auf Vereinbarung durch einen Mieter in Gewahrsam zu nehmen. Weiter ist die Verunreinigung des Treppenflurs und der Ein- und Ausgänge verboten. Lärmen in den Häusern ist nach 22 Uhr streng untersagt. Diese Bekanntmachung wurde im Zusammenhang mit den in letzter Zeit gemeldeten Wohnungs-, Keller- und Bodendiebstählen, Einbrüchen und Unglücksfällen durch mangelhafte Treppenbeleuchtung herausgegeben.

In den nächsten Tagen wird nach amtlichen Ankündigungen eine 10 prozentige Erhöhung der Gewerbeumsatzsteuer eintreten.

Zwecks **Bekämpfung des Kartoffelkrebses** hat die städtische Polizeiverwaltung angeordnet, dass die Ausfuhr von Kartoffeln und anderen Hackfrüchten, die aus dem Gebiet von Gross-Kattowitz stammen, über den Stadtbezirk hinaus verboten ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Der Vorstand der Milchhändler in Kattowitz teilt mit, dass sich nach Vereinbarungen zwischen Erzeugern und Händlern der Preis für ein Liter Milch ab 1. Oktober von 26 auf 28 Groschen im Kleinverkauf erhöhte. Die Preiserhöhung wird mit dem Mangel an Grünfutter und der dadurch verringerten Produktion begründet.

Die nächste **Mehl- und Kaffewürfelausgabe** an die Stadtarmen erfolgt am kommenden Mittwoch, in der Zeit von 8 bis 13 Uhr im Obdachlosenasyl

„im. ks. Pospiecha“ im Ortsteil Zalenze. Die Talons sind mitzubringen.

In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober werden die **Verkehrskarten** mit den Nummern 50 000 bis 62 000 zwecks Abstempelung für das Jahr 1934 bei der Verkehrskartenannahmestelle, ulica Pocztowa 7, Zimmer 5, entgegengenommen. Die Abgabe der Karten hat in der Zeit von 8 bis 13 Uhr zu erfolgen. Die in Frage kommenden Verkehrskarteninhaber müssen sofort eine Gebühr von 2 Złoty einzahlen.

Im Zusammenhang mit dem **Inkrafttreten des polnischen Gesetzes** über die Industrie- und Handelskammer in der Wojewodschaft Schlesien, steht ein Erlass einer ministeriellen Verordnung über die Ausschreibung von Wahlen für die Industrie- und Handelskammer, mit dem Sitz in Kattowitz, bevor. Es handelt sich insbesondere um die zahlenmässige Zusammensetzung des Kammerrates, die Einteilung von Sektionen und Verteilung der Mandate.

Deutsche Theatergemeinde. Montag, den 2. Oktober 6½ Uhr für Schüler und Erwachsene zu kleinen Preisen „Egmont“. Freitag, den 6. Oktober abends 7½ Uhr Abonnement B (graue Karten) „Tannhäuser“. Montag, den 9. Oktober abends 8 Uhr Abonnement A und B „Husarenfieber“. Freitag, den 13. Oktober abends 7½ Uhr „Tannhäuser“. Montag, den 16. Oktober abends 8 Uhr „Husarenfieber“. Dienstag, den 17. Oktober abends 8 Uhr in der Reichshalle Konzert Erika **Rokyta** unter Mitwirkung des Meisterschen Gesangvereins. Deutsche Volkslieder.

Königshütte und Umgebung

Eintragung in die Musterungsliste

Der Magistrat Königshütte ersucht auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen alle Militärpflichtigen des Jahrganges 1913, und alle Personen im Alter von 23 bis 50 Jahren, die noch vor keinem Musterungsausschuss gestanden haben, oder deren Militärverhältnis noch nicht geregelt ist, sich zur Eintragung in die Musterungsliste im Militärbüro des Rathauses, Zimmer 107, während den Dienststunden nach folgendem Plan zu melden: Am Montag, den 2. Oktober, alle Personen mit den Anfangsbuchstaben A—B, Dienstag, den 3. Oltober C—D, Mittwoch, den 4. Oktober E—F, Donnerstag, den 5. Oktober, G—H, Freitag, den 6. Oktober, I—J. Sonnabend, den 7. Oktober, K, Montag, den 9. Oktober —LŁ, Dienstag, den 10. Oktober, M—N, Mittwoch, den 11. Oktober O—R, Donnerstag, den 12. Oktober R—S, Freitag, den 13. Oktober Sch und Sz, Sonnabend, den 14. Oktober St, T, U, V, Montag, den 16. Oktober W—Z. Diejenigen Personen, die sich an den angeführten Terminen aus dringenden Ursachen nicht stellen können, haben Gelegenheit, dies noch im Laufe des Monats Oktober zu tun. Bei der Anmeldung sind Personalausweise, die Geburtsurkunde und eine Bescheinigung über die Eintragung als 18 jähriger beizubringen. Der Eintragung unterliegen nicht Leute fremder Staatszugehörigkeit, wenn diese den Behörden bekannt sind.

Verkehrskartenverlängerung. Vom 2. bis 5. Oktober Annahme zur Verlängerung von Nr. 20 001 bis 24 000. Am 7. Oktober Ausgabe von neuen Verkehrskarten. Vom 10. bis 12. Oktober Ausgabe der verlängerten Verkehrskarten von Nr. 16001 bis 20 000. Am 13. Oktober Annahme von neuen Anträgen. Vom 16. bis 19. Oktober Annahme zur Verlängerung von Nr. 24 001 bis 28 000. Am 21. Oktober Ausgabe von neuen Verkehrskarten. Vom 24. bis 26. Oktober Ausgabe der verlängerten Verkehrskarten von Nr. 20 001 bis 24 000. Am 27. Oktober Annahme von neuen Verkehrskartenanträgen. Vom 30. Oktober bis zum 2. Noverber Annahme zur Verlängerung von 28 001 bis 31 000. Bei Abgabe zur Verlängerung sind für jede Verkehrskarte 2 Złoty an Gebühren zu entrichten. Bei neuen Verkehrskartenanträgen müssen drei Photographien in Passformat beigelegt werden.

Wenn man unzufrieden ist. Der Ignatz R. aus Schwientochlowitz wurde auf dem Verwaltungswege wegen nächtlicher Ruhestörung in seinem Hause in zwei Fällen zu je 12 Złoty Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil legte der Beklagte Einspruch ein. Die Angelegenheit kam vor die Königshütter Strafkammer zur Verhandlung. Durch Zeugenvernehmung wurde festgestellt, das R. jedesmal, wenn er nach Hause betrunken kam, Lärm verursacht, und die Mitbewohner um den nächtlichen Schlaf gebracht hat. Nach der Beweisaufnahme erhöhte das Gericht das Strafmass für jeden Fall auf eine Woche Haft ohne Bewährungsfrist.

Um die Schuld los zu werden. Der Anton B. hatte im Gasthaus des August Pawlitzek an der ulica Styczyńskiego 21 eine Schuld von 35 Zł. gemacht. Um diese nicht bezahlen zu brauchen, eignete sich B. in einem günstigen Augenblick das Kontobuch an und vernichtete es. Dadurch hat er dem Gastwirt die Uebersicht über die Höhe anderer Schuldner genommen.

Deutsches Theater. Am Donnerstag, den 5. Oktober, 20 Uhr, kommt die Operette „Liselott“ von Künneke zur Aufführung. Der Vorverkauf begann am 30. September. Die Theaterkasse ist geöffnet von 10 bis 12,30 und 16,30 bis 18,30 Uhr, Sonnabend nachm. ist die Kasse geschlossen und Sonntag von 11 bis 13 Uhr geöffnet. Tel. 150. Abonnnementsplätze werden bis Dienstag mittag reserviert.

Siemianowitz und Umgebung

Scharfer Zusammenstoss zwischen Mitgliedern der Jungdeutschen Partei und Polizei

Am vergangenen Mittwoch abends kam es zu einem Zusammenstoss zwischen Angehörigen der jungdeutschen Partei und einem grösseren Polizeiaufgebot in der Nähe von Hohenlohehütte. Die jungen Leute, gegen einhundert an der Zahl, nahmen an einer Versammlung in Kattowitz teil und traten dann geschlossen den Rückmarsch nach Siemianowitz an. Die Polizeiorgane, durch das Singen deutscher Lieder auf die Gruppe aufmerksam gemacht, verbaten den geschlossenen, nicht genehmigten Marsch, was angeblich von den Teilnehmern nicht befolgt wurde. Im Verlauf des Weiteren machte die Polizei von dem Gummiknüppel Gebrauch und verletzte einige Teilnehmer. Eine grössere Anzahl von Teilnehmern wurde hierauf verhaftet und aufs Siemianowitzer Polizeikommissariat gebracht, wo diese nach Feststellung der Personalien grösstenteils wieder auf freien Fuss gesetzt wurden.

Der Diebstahl der Bańgower Gemeindekasse kommt vor das Burggericht. Das im vorigen Jahre auf so rätselhafte Weise aus dem Bett des Gemeindevorstehers verschwundene Gemeindebargeld in Höhe von 1400 Złoty soll am 3. Oktober Gegenstand einer Verhandlung vor dem Burggericht in Kattowitz werden. Der derzeitige Gemeindevorstand hat sich entschlossen, den damaligen Gemeindevorsteher wegen dieser Angelegenheit dem Gericht zu übergeben.

Einigung in der Prozessache der Gemeinde Bańgow gegen die Verwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte. In der Klagesache der Ankerung der Bańgower Volksschule hat sich die „Vereinigte“ bereit erklärt, der Gemeinde eine Entschädigung von 7000 Złoty und Tragung von 80 Prozent der Prozesskosten sowie die sofortige Ankerung der Schule zu übernehmen.

Abordnung der Arbeitslosen zum Starosten und Magistrat wegen der beabsichtigten Kürzung der Unterstützungssätze. In einer kürzlich stattgehabten Sitzung haben die hiesigen Arbeitslosen beschlossen, zum Starosten sowie zum hiesigen Magistrat eine Abordnung zu entsenden, um gegen die geplante Kürzung der Unterstützung zu intervenieren und eine Weiterzahlung der bisherigen Unterstützungssätze zu erwirken.

Unfall auf Richterschächte. Durch Kohlenfall verunglückte der Bergmann Dawid von Richterschächte, indem er Knochenbrüche und innere Verletzungen davontrug.

Lokomotive entgleist. Auf der Weiche des Anschlussgleises nach Ficinusschacht entgleiste eine Rangierlokomotive, welche nach längerer Zeit wieder flott gemacht werden konnte.

Im Suff zertrümmerte der Johann Janetzko einen Teil seiner Wohnungseinrichtung und schnitt sich beim Demolieren einer Fensterscheibe die Pulsadern der rechten Hand durch. Erst durch das Eingreifen der Polizei konnte der Krakehler „beruhigt“ werden.

Brand im Kinderheim Orzesche

Im Wirtschaftsgebäude des Kinderheims in Orzesche, welches dem Magistrat Königshütte gehört, brach am Freitag ein Feuer aus, dessen Ursachen nicht erklärlich sind. Eine Scheune mit der diesjährigen Ernte und reichliche Vorräte wurden ein Opfer der Flammen, der Schaden wird auf über 10 000 Złoty geschätzt. Zurzeit des Brandes waren etwa 40 Kinder anwsend, die indessen von dem Brande nicht betroffen wurden, auch konnte eine Panik vermieden werden. Den herbeigeeilten Feuerwehren gelang es bald, des Brandes Herr zu werden.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Achtung Naturfreunde Königshütte! Am Dienstag, den 3. Oktober d. Js. abends 8 Uhr findet die fällige Monatsversammlung im Vereinszimmer statt. Da die Tagesordnung diesmal von grosser Wichtigkeit ist, werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa“, Spółdz. z odp. udz., Katowice

Bielitz, Biala und Umgebung

Sozialpolitisches aus Grossbiala

Als seinerzeit die Vereinigung von Lipnik mit Biala zu einem Grossbiala propagiert wurde, hiess es unter Anderem, dass dabei auch die ärmere Bevölkerung dabei Vorteile haben werde, da eine so grosse Gemeinde auf dem Gebiete der Armenfürsorge viel mehr wird leisten können. Dies würde vielleicht zutreffen, wenn auf die Gemeindeverwaltung von Grossbiala die Sozialisten einen Einfluss hätten. Da aber der Einfluss der klassenbewussten Arbeiterschaft von der Kommunalverwaltung gänzlich ausgeschaltet wurde, kümmert sich auch niemand um die alten, arbeitsunfähigen Arbeitsmenschen, obwohl bei gewissen Anlässen die heutigen Machthaber den Mund immer sehr voll nehmen. Als noch die Sozialisten in der Gemeindefürsorgesektion waren, erhielten die in den Versorgungshäusern untergebrachten Pfrundner und sonstige Dorf- und Stadtarme doch noch eine nennenswerte Unterstützung und Verpflegung. Seit dem aber die Sanatoren sich der ganzen Gemeindeverwaltung von Grossbiala bemächtigten, ging es stufenweise mit der sozialen Fürsorge immer mehr bergab. Zunächst wurde den Pfründnern eine aus Warschau stammende Aufseherin beigegeben, die einen sehr schönen Monatsgehalt bezieht, dafür aber die armen Pfründner bis aufs Blut sekiert, die Verpflegung kürzt und auch alle anderen Unterstützungen reduziert.

Durch lange Zeit herrschte in Grossbiala ein Kommissär mit einem sogenannten Beirat, der aber nichts zu sagen hatte. Gewisse Sanacjagrössen herrschten ganz willkürlich in der Gemeinde, ohne jedes Verantwortungsgefühl, stets nur auf den eigenen Vorteil bedacht. In der letzten Zeit wurde der Kommissär zum Bürgermeister erhoben, auch würde der Beirat erweitert. Es wurde sogar ein Vertreter der Arbeiter in den Beirat hinzugezogen. Allerdings ist dies ein nach Hitlerart gleichgeschalteter Renegat und eifriger Sanacjajünger namens Filip Mendrzak, seines früheren Zeichens Weber von Beruf. Die erste Ausbildung erhielt dieser sogenannte Arbeitervertreter — oder „Assesor“, wie er sich jetzt schimpfen lässt — in der sozialistischen Partei und ist zum Dank dafür ein Verräter geworden. Wie dieser neugebackene Assesour die Interessen der Armen vertritt, beweisst der Umstand, dass man die Bezüge der alten arbeitsunfähigen Arbeitsinvaliden um 40 bis 60 Prozent gekürzt hat. Begründet wird diese tiefeinschneidende Massregel mit Geldmangel. Wir wollen nicht abstreiten, dass sich die Wirtschaftskrise auch auf die Einnahmen der Kommunalverwaltungen recht ungünstigt auswirkt, sind aber der Ansicht, dass man zunächst auf anderen Gebieten Ersparungen vornehmen soll und nicht zuerst bei den Allerärmsten der Armen, welche heute nur ein armseliges Almosen als Armenunterstützung erhalten. Ueber Geldmangel wird geklagt und anderseits wird gemunkelt, dass gewisse Sanacjagrössen, die bei der Kommunalverwaltung angestellt sind, mit Gemeindegeldern nicht umzugehen verstehen, sodass man gezwungen war, sie gehen zu lassen. Aber auch die übrige Gemeindeverwaltung lässt viel zu wünschen übrig. Das ist meistens darauf zurückzuführen, weil eine jede Opposition ausgeschaltet ist und auch eine strenge Kontrolle fehlt. Die sanatorische Gemeindeverwaltung von Grossbiala müsste durch eine richtige Arbeitervertretung gründlich saniert werden. (Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.)

ALTBIELITZ. (Brandunglück.) Mittwoch nach **10** Uhr abends brach in dem Anwesen des Bartholomäus Jenkner in Altbielitz Oberdorf ein Brand aus, dem der Dachstuhl und ein Schuppen mit Heizmaterial zum Opfer fiel. Den Inwohnern verbrannten Holz und Kohlen und die am Boden sich befindlichen Federbetten. Die Inwohner hatten ihre Habseligkeiten nicht versichert. Der Hauseigentümer ist teilweise durch die Versicherung gedeckt. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Aus der Theaterkanzlei

Saisonbeginn. Nach monatelanger theater- und musikarmer Zeit rollt wieder zum ersten Male der Vorhang in die Höhe. Dienstag, den 3. Oktober wird im Abonnement der Serie gelb die Spielzeit mit Henryk Ibsens monumentalen Meisterwerk „Peer Gynt“ eröffnet. Edward Grieg hat dazu eine unvergänglich schöne Musik, die längst Gemeingut der ganzen zivilisierten Welt ist, geschrieben. Die Aufführung des gewaltigen Dramas wird für unsere Stadt entschieden ein Ergebnis sein. Musikalisch wird es von Kapellmeister Rudolf Neumann einstudiert und geleitet. Von den neuengagierten Kräften stellen sich die Damen: Ibolya Krall, Trude Ploy, Dora v. Seifert und die Herren: Niko Habel, Erwinn Lehndorff, Alexander Marten vor. Vom Vorjahr wirken die Damen: Camilla Weber, a. G. f. d. S. Ellen Garden, Hansi Kurz, Zita Landy und die Herren Diachtor Ziegler, Joe Banner, Hugo Brück, Gustav Braff, Willy Kenedy, Kurt König, Günther Reissert und Ludwig Soawy mit.

Mittwoch, den 4. und Freitag, den 6. Oktober finden in Serie blau und rot die ersten Wiederholungen von „Peer Gynt“ statt. Der Kartenvorverkauf beginnt Montag um 10 Uhr vormittags an der Theaterkasse.